

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Amtliche Berichte über die Verhandlungen der Badischen Ständeversammlung. [2. Kammer]. 1909-1918 1917

3 (26.4.1917)

Amtliche Berichte

über die

Verhandlungen der Badischen Ständeversammlung.

№ 3.

Karlsruhe, den 26. April

1917.

==== Zweite Kammer. ====

1. öffentliche Sitzung

am Dienstag, den 24. April 1917.

Tagesordnung:

1. Anzeige der Eingänge und Beschlussfassung über die geschäftliche Behandlung von solchen.
2. Wahl
 - a) des Präsidenten
 - b) der beiden Vizepräsidenten
 - c) der Schriftführer
(§§ 10 und 11 Geschäftsordnung.)
3. Bildung der ständigen Kommissionen (§ 17 Geschäftsordnung).

Am Regierungstisch: Staatsminister und Minister des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen Dr. Frhr. von Dusch, Minister des Innern Dr. Frhr. von und zu Bodman, Minister der Finanzen Dr. Rheinboldt und Geh. Oberfinanzrat Moser.

Präsident Rohrhurst eröffnet um 1/211 Uhr die Sitzung mit folgender Ansprache:

Der Geschäftsordnung dieses Hohen Hauses gemäß habe ich die erste Sitzung zu eröffnen und bis zur Wahl des Präsidiums zu leiten. Indem ich dies tue, begrüße ich Sie, meine verehrten Herren Kollegen, auf das herzlichste, insbesondere wiederum die Herren Kollegen, die vom Heeresdienst und von den heiß umstrittenen Kampfplätzen zu uns hierher gekommen sind. Daß der innige Wunsch, mit dem wir vor Jahresfrist hier voneinander gegangen sind, es möge ein gütiges Geschick Sie in aller Not und Gefahr bewahren und Sie die Heimat wiedersehen lassen, sich verwirklicht hat, erfüllt uns mit besonderer Freude.

Meine verehrten Herren Kollegen! Ich bin Ihrer Zustimmung gewiß, wenn das erste Wort, das heute an dieser Stelle gesprochen wird, ein Wort des heißesten Dankes ist für die Söhne der

deutschen und insbesondere auch der badischen Heimat, die in diesen so ernsten und entscheidungsvollen Tagen nach den Worten des deutschen Tagesberichts „in einer Schlacht, die eine der größten des gewaltigen Krieges und damit der Weltgeschichte ist, im Kampf Mann gegen Mann wie im bis zum Tod getreuen Ausharren bei schwerstem Feuer täglich und stündlich Heldentaten vollführen“, die mit fast übermenschlicher Tapferkeit und todesmutiger Aufopferung in einer Hölle von Tod und Verderben, wie sie menschliche Phantasie nicht auszumalen, Menschenmund nicht zu schildern vermag, aufs zäheste standhalten gegen einen Feind, der mit immer neuen, an Zahl weit überlegenen Massen gegen ihre Reihen anstürmt, mit einem furchtbaren Hagel tod- und verderbenbringender Geschosse allen Widerstand zu brechen und den lang erhofften und entscheidenden Sieg auf diese Weise an sich zu reißen sucht. Nie und nimmer kann und darf das deutsche Volk vergessen, was in den Apriltagen dieses Jahres, wie schon vorher in den 32 langen Monaten des Weltkrieges, in den Kämpfen zu Wasser und zu Land, in der Luft und unter dem Meere seine Söhne für den Schutz und die Rettung der Heimat geleistet und gelitten haben, und eine heilige Pflicht wird es sein, dereinst in Friedenstag den heißen Dank dafür zur lebendigen Tat werden zu lassen.

Ebenso bin ich Ihrer Zustimmung gewiß, wenn ich auch an dieser Stelle zunächst des großen und unvergeßlichen Toten gedenke, der in den ersten Märztagen dieses Jahres unserm deutschen Volke so unerwartet entzogen und in der schwäbischen Hauptstadt zur letzten Ruhe gebettet wurde. Mit dem ganzen deutschen Volk hat auch das badische Volk das Hinscheiden des Grafen Zeppelin auf das allerschmerzlichste beklagt, des Mannes, der bis zum letzten Augenblick seines erfolgreich tätigen Lebens für sein Volk gearbeitet und gesonnen und ihm und der ganzen Menschheit unvergängliche Dienste geleistet hat, die seinen Namen für alle Zeiten unsterblich machen. In unseren Jugendtagen vor fünf Jahrzehnten schon haben wir in der badischen Heimat den Namen dieses Mannes gelesen und bewundernd genannt, damals, als er mit

badischen Dragonern den kühnen Streifzug weit in Feindesland hinein gemacht und sein Leben dort aufs Spiel gesetzt hat. Ihm haben wir voll Bewunderung und Liebe zugejubelt, als das Wunderwerk seines rastlosen Sinnens und Arbeitens, seiner durch herbste Enttäuschung ungebogenen Ausdauer, seines kühnen Wagemutes, ihn weit über die Täler und Höhen unserer Heimat hinwegtrug. Und durch die Tage des Kampfes, in denen wir noch stehen, und durch die hoffentlich bald kommenden Jahre des Friedens wird seine edle, durch keine Fülle der Jahre und durch keine noch so schweren Schicksalsschläge gebeugte Gestalt unserem deutschen Volke vorankuchten und voranschreiten, als ein Vorbild zielbewußten, nimmer rastenden Strebens und Ringens und erfolgreichsten Wollens und Könnens.

Ich bitte Sie, sich zum Gedächtnis des Mannes, der einer der Größten unseres Volkes war und bleiben wird, von ihren Sihen zu erheben. (Geschickt.)

Aus Ihrem Herzen darf ich jetzt wohl auch noch ein Wort herzlichster Teilnahme aussprechen für die zahlreichen und erschütternden Opfer, die dieser furchtbare Krieg vor Jahresfrist hier in Karlsruhe und vor wenigen Tagen erst wieder in Freiburg wie auch vereinzelt in anderen Orten der Heimat durch Fliegerangriffe gefordert hat. Nichts zeigt die grauenvolle Gestalt und die sinnlose Barbarei, zu denen der Krieg ausgeartet ist, mehr, als das ruchlose Hinmorden unschuldiger Frauen und Kinder, die nie eine Waffe zum Angriff oder zur Wehr getragen haben, hingeschlachtet inmitten friedlicher Arbeit oder frohen Spieles und fern von allen Kampfstätten. Nichts zeigt die Macht der Lüge und Verleumdung, die in diesem Kriege schändlichste Orgien feiert, mehr, als daß für diese grauenvollen Taten auch noch ein Wort der Rechtfertigung gefunden wird. Auch für diese Schandtaten wird dereinst das wiedererwachte Gewissen der Völker und die Geschichte eine strenge Richterinnen sein.

Bitterernst und schicksalsschwer ist die Stunde, in der wir zur zweiten außerordentlichen Tagung uns hier zusammengefunden haben, und es will uns scheinen, als ob Entscheidungen nahe bevorständen, die über Wohl und Wehe, über Leben und Zukunft unseres Volkes auf lange, lange Zeiten hinaus bestimmen werden. Die sichere Hoffnung, mit der wir beim Schluß des letzten Landtags vor 14 Monaten auseinandergegangen sind, daß wir beim Wiedersehen unter dem Zeichen eines ehrenvollen und gesicherten Friedens unsere Arbeit wieder aufnehmen können, hat sich leider nicht erfüllt. Furchtbarer denn je in den drei Jahren seiner Dauer tobt der Weltkrieg wie ein wilder Orkan über die Völker hinweg, ein Krieg, wie ihn die Weltgeschichte noch nie gesehen hat mit einem solchen Aufwand an Kräften und Mitteln, mit einem solchen gigantischen Ausmaß, wie ihn hoffentlich die Welt auch nie mehr sehen wird.

Nicht auf dem Boden des europäischen Erdteiles nur, aus dem ja so oft in den langen Jahrhunderten deutsche Geschichte die Feinde schon über deutsches Land hereingebrochen sind, in allen Weltteilen erhebt sich ein Feind nach dem andern gegen uns, selbst solche, mit denen wir noch niemals die Waffen gekreuzt, mit denen wir durch lange Zeiten Friede und Freundschaft gehalten, denen wir nationale Existenz und wirtschaftliche Wohlfahrt gesichert haben, denen wir aus der reichen Fülle des eigenen Besitzes das Beste, was wir an Kulturgütern besaßen, in uneigennütziger Weise und mit vollen Händen gegeben haben; selbst solche, die sonst und noch vor kurzem sich nicht

genug tun konnten, ihren Abscheu gegen allen Krieg, ihre Liebe zum Frieden, ihre Begeisterung für Recht und Freiheit aller Völker, für Brüderlichkeit und Wohlfahrt aller Menschen in stolzen Worten zu verkünden; neue Feinde, alte Feinde, uneins in ihren Kriegsgründen und Kriegszielen, eins aber in dem Willen, uns und unsere treuen Verbündeten niederzuschmettern und zu vernichten, um an unserem Fall und Leid ihre Rachsucht, an unserem Land unstillbare Machtgier und an unserem Besitz unerfättliche Gewinnsucht zu befriedigen.

Immer größer werden die Opfer, die dieser Krieg, dieser unheilvolle, an Gut und Blut, an lebensfroher und tatenfrischer Menschenkraft von uns verlangt; immer unerfättlicher werden die Lücken, die er in die Reihen der Völker hineinreißt. Immer grauenvoller werden die Zerstörungen, die der Krieg anrichtet, der weithin blühende Städte und Dörfer in Trümmer legt und mit ihnen so unendlich viel Werte und Güter, an denen Menschen durch Jahrhunderte und Geschlechter hindurch gearbeitet und gesammelt und die sie mit so liebevollem Fleiße sich und ihren Nachkommen geschaffen hatten, wenn er mit einem Hagel glühender Geschosse, gesegnete Gefilde zermühlt und mit einem Pesthauch giftiger Gase alles Leben auf und unter der Erde tötet, wenn er wie ein wilder Sturm die stolzen Waldriesen knickt und zerplittert; an denen bisher alle Stürme machtlos ihre Kraft erprobten.

Immer härter werden auch die Entbehrungen und Entsagungen, die den Dahingeblichenen auferlegt werden und durch die der grausame Feind hofft, die deutsche Kraft zu zermürben, die er mit des Schwertes Gewalt niederzuzwingen nicht vermag. Immer höher steigen auch die trüben Fluten gemeiner Lügen und schamloser Verleumdung, grimmigen Hasses und satanischer Bosheit und ziehen in ihren tiefsten Abgrund die höchsten, sittlichen Güter und Werte, die in langer und geduldiger Arbeit die Besten und Edelsten der Völker geschaffen und gepflegt, köstlicher, aber auch unerfättlicher als alle die materiellen Werte, die immerhin aus Ruinen sich wieder erheben können.

Und noch schauen wir kein Ende! Wohl hat ein gerechtes Schicksal schon manchen der Staatslenker und Staatsmänner ereilt, deren Tun oder Versäumen den Ausbruch des Krieges verschuldet oder die in sinnloser Verblendung ihre Völker in den Blutstrom hineingerissen haben. Wohl haben einzelne Völker es schon bitter gebüßt, daß sie in wildem Taumel in die Gluten des Weltbrandes sich gestürzt haben, die, wie sie glaubten, sie erwärmen, ihnen neue Lebenskraft geben sollten, und die für sie nur ein verzehrendes Feuer geworden sind. Wohl brennt daheim und draußen im deutschen Volke und in allen Völkern der Welt, in Millionen und Abermillionen von Herzen, das heiße Sehnen, daß dem schreckensvollen Kriege bald ein Ende gesetzt werden und der Sonnenschein des Friedens unserer krieggetränkten Erde und der leidvollen Menschheit wieder kommen möge. Wohl lebt in den Herzen von Millionen und Abermillionen die Überzeugung, daß jede Verlängerung des Krieges, auch nur um einen Tag, auch nur um eine Stunde, ein Wahnsinn, ein schweres Verbrechen sei, ein Verbrechen an der Menschheit und Menschlichkeit, für das es keine Sühne gebe, daß es eine ungeheuerliche Schuld sei, die „kein Ozean wieder abzuwaschen vermöge“.

Wohl fehlt es nicht an ehrlichem Bemühen, über die abgrundtiefe Kluft des Hasses und der Verbitterung, die heute die Völker trennt, eine Brücke zu schlagen, wieder einen Weg der Verständigung zu suchen, und wir können es unserem Deutschen Kaiser nicht hoch genug an-

rechnen, nicht innig genug danken, daß er, auf der Höhe, kriegerischer Erfolge, unbekümmert um die etwaige Mißdeutung seines hochherzigen Schrittes, in den Adventtagen des vergangenen Jahres „in tiefstem religiösem und sittlichen Pflichtgefühl gegen sein Volk und gegen die Menschheit“ entschlossen und ehrlich als erster die Hand zum Frieden bot. Wir danken es auch unserem Reichskanzler, daß er, unbeirrt durch alle Anfeindungen — die er leider auch aus den Reihen des deutschen Volkes so oft erfahren hat — den Weg ehrlicher und besonnener Verständigung zu betreten sich bereit erklärt hat; und wir danken es denen, die ehrlichen Sinnes und gerechten Willens um das Werk des Friedens sich bemühen.

Aber noch will aus all der Nacht und dem Grauen dieses Krieges das Morgenrot des Friedens nicht aufsteigen und noch scheint es uns, daß nicht durch Vernunft und Einsicht, nicht durch Raten und Verhandeln, sondern allein durch die Kraft des Schwertes dieser Friede wieder erkämpft werden soll. Mit verletzenden Worten des Hafes, der Schmähung und des Hohnes, die jedem deutschen Manne die Schamröte in flammendem Zorne in die Wangen trieben und ihm die Hand fester um den Schwertknäuel ballten, haben unsere Feinde die dargebotene Hand zum Frieden zurückgestoßen. Verblindet von wilder Leidenschaft, von maßloser Rachsucht hingerissen wollen sie den Krieg, und übernehmen auch die Verantwortung für all das Leid, für die Ströme des Blutes, die weiterhin die Erde trinken muß. Uns aber haben sie durch ihre ablehnende Antwort so grell, so deutlich, daß auch das blödeste Auge es erkennen kann, gezeigt, was dieser Krieg bedeutet, um was es für uns geht in diesem gewaltigen Ringen: daß es geht um alles, was uns lieb und teuer ist, daß es geht auf Leben und Tod, daß es geht um Ehre und Freiheit, daß es geht um die Existenz, um die Zukunft, nicht allein des Staates, nein jedes Einzelnen, auch des Ärmsten in unserem Volke; daß es darum geht, ob wir bleiben was wir waren, was wir in langen Jahrhunderten der Arbeit und der Kämpfe geworden, endlich geworden sind: ein einiges, freies und starkes ein aufrechtes und stolzes, ein arbeitsfrohes und zukunftsvolles Volk, das alle seine reichen Kräfte ungehemmt und zielbewußt entfaltet und Teil hat an den Gütern der Welt; oder ob wir, in unserem Wohlstand aufs schwerste geschädigt, in unserem nationalen Besitze gemälert, in unserer Kraft gebrochen, in unserer Ehre aufs tiefste gedemütigt, von dem Haß der Welt verfolgt und von übermühtigen Siegern mit Füßen getreten, fremdem Willen gehorchen, in fremdem Dienste frohnen, eine wehrlose Beute mehr des rücksichtslosesten unserer Feinde, der seit Jahrhunderten in der ganzen Welt seine gierigen Hände nach fremdem Besitze, nach dem Besitze der Völker ausstreckt; ob wir werden, was wir einmal in vergangenen Tagen waren: das Aischenbrüdel unter den Völkern, das am bescheidenen häuslichen Herde sitzen, sinnen und träumen darf, aber dienen muß den stolzen Schwestern, die von seiner Hände Fleiß und Arbeit sich schmücken und des Lebens Güter und Lust in Fülle genießen.

Bitter ernst und schicksalsschwer ist die Stunde, wie sie unserem Volke in seiner langen und leidvollen Geschichte noch nie geschlagen hat und wie sie noch kein Volk der Welt wohl so ernst, so schwer erlebt hat. Und dennoch — wir verzagen nicht! Wir haltens mit dem alten, ewig jungen, in Not und Sturm erprobten Wort:

„Und wenn die Welt voll Teufel wär
Und wollt uns gar verschlingen,
So fürchten wir uns nicht so sehr —
Es soll uns doch gelingen!“

Geleitet von unserem guten Gewissen, mit dem wir in den Kampf gezogen sind, in unererschütterlicher Überzeugung von dem guten Recht und der Gerechtigkeit unserer Sache, in starkem, durch drei Kriegsjahre erprobtem Vertrauen auf unsere heldenmütigen und todesmütigen Truppen, vertrauend vor allem auf ihren obersten Heerführer, unseren Hindenburg, den die Vorsehung unserem Volke zu rechter Stunde gegeben und in dessen kraftvoller, zielsicherer Persönlichkeit sich uns Wille und Kraft zum deutschen Siege verkörpern; in der Zuversicht, daß unser Volk, wenn es nur sich selbst nicht aufgibt in ängstlichem Zagen, einig und geschlossen nach innen, seine besten und letzten Kräfte zu seiner Rettung anspannt, nicht unterliegen, niemals untergehen kann, schauen wir voll ruhiger Zuversicht auch den kommenden Entscheidungen entgegen, beißen in der schweren Stunde hart die Zähne zusammen und lassen in der Feuerlut dieser Tage unsere Herzen stahlhart werden in dem unbeugsamen Willen, für unseres Volkes und Vaterlandes Rettung aus Not und Gefahr alles zu tun und zu leisten, was das Gebot der Stunde an Arbeit von uns heischt, alles zu dulden und zu tragen, was die Not der schweren Zeit uns auferlegt, alles zu opfern und hinzugeben, was an Opfern der Ernst der Tage von uns fordert.

„Lieber tot als Sklav!“, das war die Losung mit der in vergangenen Tagen die freiheitsstolzen Friesen an den Gestaden der nordischen See in den Kampf um Heimat und Freiheit zogen, mit der sie dem Feinde sich entgegenwarfen. „Lieber tot als Sklav!“: mit dieser Parole tragen unsere Truppen nach dem Worte unseres Kaisers „in stahlhartem Willen das Schwerste und leisten in todesmütigem Ausdauern und unwiderstehlichem Angriff Großes“; mit dieser Parole durchkreuzen unsere tatensfrohen und tapferen, siegesgewissen Seeleute in Sturm und Wetter die Wogen, suchen den Kampf mit dem überlegenen Gegner und verankern seine stolze Flagge auf den Grund des Meeres.

„Lieber tot als Sklav!“ Mit dieser Parole stehen wir in der Heimat hinter denen, die draußen für uns ringen, kämpfen und sterben, starken Herzens und eisernen Willens, und harren, entschlossen, alles zu tun, was die Pflicht uns gebietet, des Tages, an dem aus Nacht und Grauen der Gegenwart das Licht des Friedens wieder aufsteigt, unter dessen Schutz wir „frei, sicher und stark wohnen unter den Völkern des Erdballs und der friedlichen Arbeit deutschen Geistes und deutscher Hände für alle Zeit ein freies Feld gesichert ist“. In dieser Zuversicht sinnen und sorgen wir, daß, wenn die Jünglinge und Männer heute oder morgen oder erst in kommenden Tagen heimkehren vom grimmigen Streit, sie dann in einem reineren und freieren, schöneren und glücklicheren Vaterlande wohnen, für das sie gelitten und gestritten und für das Hunderttausende dem Tode sich als heiliges Opfer geweiht haben.

In diesem Geiste unverzagten Harrens und Hoffens, fester Geschlossenheit und kraftvoller Entschlossenheit wollen wir auch die Arbeit aufnehmen und durchführen zu der wir aufs neue hier zusammengetreten sind. Möge sie dazu beitragen, in unserer badischen Heimat die Kräfte des Ausdauerns, die uns jetzt mehr not sind denn jemals während des Krieges, zu stählen und zu mehren und uns stark zu machen, den Daseinskampf bis zum siegreichen Ende durchzuführen (Allseitiger lebhafter Beifall).

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Zu Ziffer 1 derselben: Anzeige der Eingänge und Beschlußfassung über geschäftliche Behandlung von solchen, gibt der Präsident den Eingang eines

Schreibens des Präsidenten des Großherzoglichen Staatsministeriums mit Allerhöchsten Entschliessungen über:

1. die Eröffnung des außerordentlichen Landtags 1917,
2. die Beforgung der durch mündliche Rücksprache zwischen den Präsidenten der Kammern und der Regierung zu erledigenden Geschäfte bekannt.

Hierauf ergreift das Wort:

Minister des Innern Dr. Freiherr von und zu **Bodman**:

Im Allerhöchsten Auftrage Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs habe ich die Ehre, Ihnen den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Ergänzung des Bürgerrechtsgesetzes zur Beratung und Zustimmung vorzulegen.

Der Gesetzentwurf wird an die Kommission für Justiz und Verwaltung verwiesen.

Präsident **Rohrurt**:

Vor nunmehr der Herr Finanzminister das Wort ergreift, darf ich in Ihrer aller Namen der Freude Ausdruck verleihen, daß wir ihn, von schwerer Erkrankung genesen, wieder in unserer Mitte begrüßen können. Damit verbinde ich weiter den herzlichsten Wunsch, daß seine Gesundheit neu gefestigt und gekräftigt, ihm ermögliche, die schwere Arbeit seines in der heutigen Zeit besonders verantwortungsvollen und ernststen Berufes mit der Frische und Zuversicht durchzuführen, die wir an ihm bisher stets gewohnt waren (Beifall).

Das Wort ergreift hierauf:

Minister der Finanzen Dr. **Rheinboldt**:

Zunächst möchte ich Ihrem verehrten Herrn Präsidenten für die freundlichen Worte der Teilnahme herzlich danken, mit denen er meine Erkrankung erwähnt hat, und Ihnen allen für die freundliche Zustimmung zu diesen Worten. Ich bin glücklich, wieder vollständig hergestellt vor Ihnen zu stehen und den Forderungen meines schweren Amtes wieder voll gerecht werden zu können.

Nach den herrlichen, begeisterten und begeisternden, von hoher, wahrer Vaterlands- und Nächstenliebe getragenen Ausführungen Ihres Herrn Präsidenten, die uns alle im Innersten bewegten, ist es mir recht schwer, Ihre Aufmerksamkeit für die rein geschäftlichen Darlegungen, die ich Ihnen zu geben habe, zu erbitten.

Wie Sie heute früh aus dem Munde des Herrn Staatsministers vernommen haben, wird Ihre Hauptaufgabe in dieser außerordentlichen Tagung sein, über die Erhöhung der in der letzten ordentlichen Tagung der Großh. Regierung bewilligten Kriegskredite, die teils vollständig erschöpft sind, teils ihrer Erschöpfung entgegengehen, Entschliessung zu treffen und der Großh. Regierung dadurch die ungestörte Weiterführung des Staatshaushalts unter den bestehenden Kriegsverhältnissen für den Rest der laufenden Haushaltsperiode zu ermöglichen.

Im Allerhöchsten Auftrage seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs habe ich die Ehre, Ihnen eine diesen Zweck verfolgende Vorlage zur geneigten Prüfung und Zustimmung zu unterbreiten.

Die in der letzten ordentlichen Tagung des Landtages von uns beantragten und von Ihnen bewilligten Kredite waren für eine so lange Dauer und eine so gewaltige

Ausdehnung des Krieges und seiner wirtschaftlichen Folgeerscheinung nicht berechnet. Ihre Unzulänglichkeit kann also, insbesondere auch im Hinblick auf die eingetretene Steigerung auch der einzelstaatlichen Kriegsausgaben, nicht überraschen.

Es handelt sich um zwei verschiedene Arten von Krediten: einen Ausgabekredit, d. h. die Ermächtigung, im Staatshaushaltsetat nicht vorgesehene, durch den Krieg unmittelbar veranlaßte Ausgaben bis zu einer bestimmten Höchstsumme zu leisten; zum zweiten um einen Anlehiekredit, d. h. die Ermächtigung, die der Staatsverwaltung zur Verfügung stehenden Wirtschaftsmittel, soweit sie zur Bestreitung der budgetmäßigen und außerbudgetmäßigen Ausgaben nicht ausreichen, durch im Anleihewege zu beschaffende Mittel zu ergänzen.

Für den erstgenannten Zweck sind uns seit Kriegsbeginn, außer den vorher erwirkten Administrativkrediten in Höhe von rund 11 Millionen Mark, durch Gesetz vom 9. Februar 1915, wie Sie wissen, 35 Millionen Mark und durch Gesetz vom 24. Dezember 1915 weitere 50 Millionen Mark, zusammen also 85 Millionen Mark bewilligt worden. Von dem ersteren Betrag sind in der verfloßenen Wirtschaftsperiode, also bis zum 31. Dezember 1915 34 695 000 Mark verwendet und darüber im letzten Landtag Ihnen Rechenschaft gegeben worden; ein Rest von 305 000 Mark ist in die neue Haushaltsperiode übergegangen. Über die Verwendung dieses Restes und des im Dezember 1915 neu bewilligten Kredits von 50 Millionen Mark gibt die Nachweisung, die Ihnen heute zugegangen ist, Rechenschaft.

Diese Kredite sind bis auf einen Restbetrag von 1 463 500 Mark in Anspruch genommen. Bei der Unzulänglichkeit dieses Restbetrages waren wir genötigt, den Vollzug weiter erforderlich gewordener außeretatmäßiger Kriegsausgaben in Höhe von 26 Millionen Mark auf dem uns verfassungsmäßig für solche Fälle gewiesenen Wege des Administrativkredits zu ermöglichen. Wir haben diese Ausgaben nicht auf den noch vorhandenen Kreditrest verrechnet, weil sie den Betrag desselben überstiegen und wir eine Trennung der in Frage kommenden Posten in der Verrechnung vermeiden wollten. Auch über diese Ausgaben sowie über die zu anderen Zwecken erwirkten Administrativkredite in Höhe von 254 000 Mark wird Ihnen der vorgeschriebene Nachweis zur Prüfung und nachträglichen Genehmigung zugehen. Ich darf mich wohl der Hoffnung hingeben, daß die einzelnen Zwecke, für die der Kriegskredit von uns in Anspruch genommen wurde und die Administrativkredite erwirkt worden sind, Ihre Zustimmung finden werden. Sie befinden sich ausnahmslos im Rahmen der Ziele, über die wir uns bei früheren Erörterungen Ihres allgemeinen Einverständnisses versichert hatten.

Der mit Gesetz vom 24. Dezember 1915 bewilligte Anlehenskredit von 75 Millionen ist bis heute erst mit 56,2 Millionen in Anspruch genommen, es stehen uns also noch 18,8 Millionen zur Verfügung, die voraussichtlich noch bis zum Juli d. J., also auch nicht mehr bis zum Ende der laufenden Haushaltsperiode ausreichen werden. Auch dieser Kredit wäre heute bereits vollständig erschöpft, wenn nicht besondere Umstände, mit denen wir von vornherein nicht rechnen konnten, auf unseren Kreditbedarf einschränkend gewirkt hätten. Letzteres ist in der Hauptsache dem Umstande zu verdanken, daß uns das Reich im Oktober 1916 und im Januar 1917 zusammen 18 986 000 Mark der von der Staatskasse für die Lieferungsverbände vorgeschossenen Familienunterstützungen rückerstattet hat.

Ferner haben sich unsere Einnahmen an direkten Steuern, ganz abgesehen von der im letzten Landtag bewilligten Erhöhung der Sätze der Einkommensteuer mit einem geschätzten Jahresertrag von 4,1 Millionen Mark, trotz des Krieges, oder vielleicht besser gesagt, auffallenderweise gerade infolge des Krieges, günstig gestaltet. Und schließlich haben die vorgesehenen Ausgaben durch den Krieg zum Teil eine ungewollte erhebliche Stimmung erfahren. Ich werde nachher noch auf diese Punkte zu sprechen kommen.

Auf den Anlehenscredit vom 9. Februar 1915 mit 50 Millionen Mark, den ersten Krieganlehenscredit, den Sie uns bewilligt haben, sind kurzfristige Anlehen in Höhe von 28,7 Millionen Mark aufgenommen worden, so daß die zu Lasten der beiden Anlehenscredite kontrahierte Staatsschuld am 1. April d. J. 53,7 und 28,7 Millionen, zusammen 82,4 Millionen Mark, betrug. Ihr Stand von gestern abend ist 84,9 Millionen Mark. Die Anlehen erfolgen fast durchweg in Form von *Schab- anweisungen* mit jeweils dreimonatiger Laufzeit, die größtenteils bei badischen Banken untergebracht werden konnten und bei Verfall jeweils durch neue wieder ersetzt wurden. Die Erkanlehen wurden mit Ihrem ausdrücklichen Einverständnis nicht als neue Zuanpruchnahme des Anlehenscredits behandelt. So wurden im Jahre 1916 für 263 900 000 Mark *Schab- anweisungen* ausgegeben, wovon 114 900 000 Mark auf den Kredit vom 9. Februar 1915 und 149 Millionen auf den Kredit vom 24. Dezember 1915 entfallen. Von diesen *Schab- anweisungen* sind im Jahre 1916 216 200 000 Mark wieder eingelöst worden. Die Darlehenskasse wurde nur in geringfügigem Maße in Anspruch genommen durch Aufnahme eines Darlehens von 1½ Millionen Mark mittels Lombardierung von *Schab- anweisungen* mit einer Laufzeit von einem Jahr. Hiervon ist die Summe von 100 000 Mark auf den Kredit vom Februar 1915, 1 400 000 Mark auf jenen vom Dezember 1915 verrechnet worden. Von der Schuld an die Darlehenskasse konnten im Jahre 1916 1 300 000 Mark zurückgezahlt werden, so daß die Restschuld am 31. Dezember 1916 nur noch 200 000 Mark betrug. Diese Restschuld besteht noch heute. Am Schluß des Jahres 1916 betrug hiernach die Summe der noch laufenden *Schab- anweisungen* und des an die Darlehenskasse noch geschuldeten Betrages, also die gesamte schwebende Schuld 76 600 000 Mark.

An *Diskont* für die kurzfristigen *Schab- anweisungen* hatten wir 1916 die Summe von 3 063 375,96 Mark zu entrichten, welcher Betrag einem durchschnittlichen Zinsfuß von 4 $\frac{2}{3}$ v. S. entspricht. Der durchschnittliche Zinsfuß, den wir 1915 bezahlt haben, war 4 $\frac{1}{3}$ v. S. Er ist also im Jahre 1916 um $\frac{1}{3}$ v. S. gestiegen, ist aber trotzdem unter den obwaltenden Verhältnissen noch als ein günstiger zu bezeichnen.

Das von der Darlehenskasse aufgenommene Kapital war mit 5 v. S. zu verzinsen, was einen Zinsaufwand von 13 791,65 Mark verurlichte. Der Gesamtzinsaufwand des Jahres 1916 für unsere Kriegsschuld beträgt somit 3 077 167,64 Mark.

In der Zeit vom 1. Januar bis 1. April d. J. ist die *Schab- anweisungsschuld* von 76,6 Millionen, wie bereits erwähnt, auf 82,4 Millionen Mark, also um 5,8 Millionen Mark gewachsen.

Die in dem vorliegenden Gesetzentwurf beantragte Erhöhung der beiden bezeichneten Kredite, also des Ausgabe- und des Anlehenscredits, ist so bemessen, daß sie bis zur nächsten ordentlichen Tagung des Land-

tags, ganz abgesehen von der Dauer und weiteren Entwicklung des Krieges, sicher ausreichen dürften. Der Gesetzentwurf fordert eine Erhöhung der Ausgabeermächtigung um 100 Millionen Mark, also von 50 Millionen auf 150 Millionen Mark, und eine Erhöhung der Ermächtigung zur Schuldaufnahme um 105 Millionen, also von 75 Millionen auf 180 Millionen Mark. Über die Grundlagen der Berechnung dieser Erhöhungen gibt die dem Gesetzentwurf beigegebene Begründung Aufschluß. Ich bitte, sich durch die großen Zahlen nicht schrecken zu lassen. Es handelt sich ja überwiegend um Ausgaben, die uns nicht zur Last bleiben, sondern vom Reich später erstattet werden sollen. So befinden sich unter den 37,85 Millionen außerordentlicher Kriegsausgaben des Jahres 1915 37,36 Millionen Mark oder 98,7 v. S., und unter den 61,8 Millionen Mark des Jahres 1916 58,7 Millionen oder 95 v. S. solcher vom Reich zu erstattender Ausgaben.

Die in dem Gesetzentwurf vorgeschlagene Form der Erhöhung der für diese Haushaltsperiode bereits bewilligten Kredite, die Ihnen vielleicht auffallen möchte, anstatt der Forderung neuer selbständiger Kredite, ist lediglich aus rechnerischen Gründen und aus Zweckmäßigkeitserwägungen gewählt worden. Ein materieller Unterschied besteht dabei nicht.

Sie dürfen überzeugt sein, daß wir wie bisher so auch künftighin von den uns zur Verfügung gestellten Krediten einen sachgemäßen Gebrauch zur Vinderung der durch den Krieg verursachten wirtschaftlichen Not und zur Erhaltung der wirtschaftlichen Kraft unseres Volkes machen und das uns mit der Bewilligung seitens der Stände entgegengebrachte Vertrauen zu rechtfertigen wissen werden. In der Hauptsache werden die Ausgaben für die gleichen Zwecke zu leisten sein, denen wir bisher mit Ihrer Billigung unsere finanzielle Unterstützung haben angeeignet lassen. Welche weiteren finanziellen Aufwendungen die Kriegsnot von uns in der Folgezeit noch fordern wird, kann heute noch nicht vorausgesehen werden. Sollte der Krieg, was wir alle sehnlichst hoffen und wünschen, noch vor Schluß dieser Haushaltsperiode sein Ende erreichen, so werden damit natürlich die in Rede stehenden Ausgaben nicht gleichzeitig aufhören; diese werden vielmehr wenigstens zum großen Teil noch lange über den Friedensschluß hinaus zu leisten sein, und es werden dann sehr wahrscheinlich noch andere unvorhergesehene, durch die Wiederherstellung der Friedensordnung veranlaßte Ausgaben hinzutreten. Ich werde davon nachher noch zu sprechen haben.

Wir erkennen es in der schweren Kriegszeit wie in der für uns vielleicht nicht minder schwer werdenden Übergangszeit vom Kriege zum Frieden als eine Pflicht des Staates, überall da helfend einzugreifen, wo trotz ihrer vollen Anspannung die Kräfte des Einzelnen und der Selbstverwaltungskörper oder der freiwilligen Hilfsorganisationen versagen und das Reich als zunächst verpflichtete Instanz zur Beseitigung schädigender Kriegsfolgen nicht oder nicht ausreichend einspringt. Diesen Grundsatz haben wir bisher verfolgt und werden ihn auch weiter verfolgen. Lediglich diesem Zweck soll die von Ihnen erbetene Ausgabe- und Geldbeschaffungsvollmacht dienen. Ich bitte daher, der Vorlage Ihre Zustimmung erteilen zu wollen.

Und nun gestatten Sie mir, zu dem zweiten Teile meines Vortrags, der Sie über den Stand unserer Finanzlage unterrichten soll, überzugehen. Über fünf Vierteljahre sind vergangen, seit ich das letzte Mal die Ehre hatte, Ihnen über die Wirkungen des Krieges

auf unsere Staatsfinanzen Bericht zu erstatten. Ich war damals in der Lage, diese Wirkungen als erträgliche zu bezeichnen. Inzwischen hat die Kriegsfurie ununterbrochen weiter gewütet. Unsere Gegner haben sich vermehrt und statt die von uns ehrlich gebotene Friedenshand zu ergreifen, haben sie unter brutalster Mißachtung der von ihnen stets heuchlerisch im Munde geführten Gebote der Menschlichkeit die Intensität ihres verbrecherischen, auf unsere staatliche und wirtschaftliche Vernichtung gerichteten Angriffs verstärkt und alles getan, den mörderischen Krieg noch weiter zu verlängern und seine grausamen Menschenopfer zu vermehren. Die Forderungen, welche die Verteidigung unseres Vaterlandes an unser Volk stellt, sind in den letzten Monaten in jeder Hinsicht ganz gewaltig gewachsen. Auf allen Gebieten, den militärischen sowohl wie den wirtschaftlichen und auch den finanziellen, ist die Leistungsfähigkeit unseres Volkes bis auf das äußerste angespannt, aber noch lange nicht, wie unsere Gegner sich gerne einreden möchten, überspannt worden. Dies hat sich begreiflicherweise zunächst in der Finanzwirtschaft des Reiches, das für die unmittelbaren Kriegskosten aufzukommen hat, stark fühlbar gemacht und dort die Ausschreibung einer neuen, der sechsten Kriegs-anleihe zur Folge gehabt, die in ihrem alle Erwartungen übertreffenden Erfolg mit 12,7 Milliarden den glänzendsten Beweis der ungebrochenen Kraft und des unbeugsamen Siegerwillens Deutschlands erbracht hat; es hat ferner auch zur Forderung neuer Steuern in Höhe von über einer Milliarde geführt, die vom Reichstag opferfründig bewilligt worden sind; es konnte aber auch für die Finanzen der Bundesstaaten nicht ohne Wirkung bleiben. Um nur einiges zu erwähnen, hat durch das vermehrte Aufgebot der wehrfähigen Männer die Zahl der Familienunterstützungen wesentlich zugenommen, ferner sind im Dezember 1916 die gesetzlichen Unterstützungsbeträge um ein Drittel erhöht worden. Durch diese beiden Umstände sind die von uns vorzuschickenden Summen erheblich gewachsen, von ursprünglich knapp 2 und später etwa 5 Millionen auf jetzt über 7 Millionen Mark monatlich. Damit hat sich natürlich auch der uns zur Last bleibende Zinsaufwand dafür wesentlich gesteigert. Jede Monatsaufwendung erhöht die jetzt schon rund 4 Millionen Mark betragende jährliche Zinslast, die der Staat, wie Ihnen bekannt ist, für die Gemeinden trägt, um rund 350 000 Mark.

Die durch den von England geführten, erbärmlich feigen und menschenunwürdigen Aushungerungskrieg immer mehr gesteigerten Ernährungsschwierigkeiten haben trotz der erhöhten Reichsbeihilfen zu einer Erhöhung der den Gemeinden zu gewährenden ergänzenden Staatszuschüsse, zu recht erheblichen staatlichen Aufwendungen zum Zweck der Niederhaltung der Nahrungsmittelpreise und zur finanziellen Beteiligung an zur Bewirtschaftung der Nahrungsmittel gebildeten Gesellschaften geführt. Die immer weiter greifende Einziehung von Beamten für den Seeresdienst erfordert die Einstellung von teuren Ersatzkräften, während die Bezüge der eingezogenen Beamten, soweit sie nicht Offiziere oder opere Militärbeamte sind, voll weiter bezahlt werden müssen.

Vor allem aber haben die Preisverhältnisse neben der verstärkten Inanspruchnahme des Beihilfefonds des Staatshaushalts zu einem sehr weitgehenden Aufwand für Aufbesserung der Einkommensverhältnisse der Beamten und Arbeiter geführt, der unseren Staatshaushalt sehr stark belastet. Weitere sehr erhebliche Aufwendungen auf diesem Gebiete stehen in Aussicht.

Das sind alles Ausgaben, für die in unserem ohnedies mit einem Defizit von über 9 Millionen Mark abschließenden Staatshaushaltsetat Mittel nicht zur Verfügung stehen, und die neben den ordentlichen Staatsausgaben bestritten werden müssen. So sind, um nur die größeren Posten zu nennen, in der allgemeinen Staatsverwaltung, also ohne Eisenbahnverwaltung, z. B. verausgabt worden i. J. 1916:

für Familienbeihilfen	58,7 Millionen,
für Zuschüsse an Gemeinden	1,8 Millionen,
für Teuerungszulagen	1,6 Millionen.
für Zinsen für die zur Bestreitung von Kriegsausgaben aufgenom- mene Staatsschuld	3,07 Millionen.

Diese Ausgaben sind in starkem Steigen begriffen und dürften nach dem heutigen Stand der Dinge im laufenden Jahr noch weit über die eben genannten Beträge hinaus anwachsen. Ich erinnere nur an die Erhöhung des Aufwands für Teuerungszulagen nach der Regelung vom Dezember 1916 auf rund 7½ Millionen Mark jährlich für die gesamte Staatsverwaltung und die hier zu erwartende weitere Erhöhung, über die wir uns im Laufe dieser Tagung noch zu unterhalten haben werden.

Trotz alledem kann ich Ihnen auch heute die tröstliche Mitteilung machen, daß unsere Finanzen auch nach 2¼-jährigen Kriegsdauer sich noch in einer für die gegenwärtigen Verhältnisse befriedigenden Ordnung befinden und noch nichts ihre solide Grundlage zu erschüttern vermocht hat.

Zwei Gründe sind es hauptsächlich, die zu diesem Erfolge geführt haben. Einmal der von mir bereits angedeutete Umstand, daß die im außerordentlichen Etat vorgesehenen Ausgaben größtenteils und vollzogen bleiben mußten, weil die betr. Unternehmungen während des Krieges nicht ausgeführt werden können. So sind von den 10,05 Millionen Mark neu bewilligter außerordentlicher Ausgaben und offenstehender Kredite des Etats 1916/17 im Jahre 1916 nur 2,26 Millionen, also rund 22 v. H. verausgabt worden. Im laufenden Jahre wird diese Ausgabe noch wesentlich niedriger sein. Dadurch wird unser Ausgabeetat sehr entlastet, und diese Entlastung schafft Raum für andere, nicht vorhergesehene Ausgaben, das sind die Kriegsausgaben. Dieser Umstand zeigt augenfällig den großen Vorteil unserer langjährigen Finanzgebarung, der darin liegt, daß wir die Ausgaben für außerordentliche, nicht verbundene Zwecke aus laufenden Mitteln bestreiten und nicht auf Anleihe nehmen. Diesen Vorteil, der in einer durch die bezeichnete Finanzgebarung dem Etat verliehenen gewissen Elastizität gegenüber plötzlich auftretenden Ausgabennotwendigkeiten liegt, wollen wir, nachdem wir seinen Wert jetzt haben richtig schätzen lernen, uns auch für die Zukunft erhalten. So wie unser Etat gestaltet ist, besteht immer die Möglichkeit, erhebliche finanzielle Schwierigkeiten dadurch zu vermeiden oder doch zu mildern, daß man unvorhergesehene dringende Bedürfnisse an die Stelle von vorgesehenen minder dringenden treten läßt. Auch im ordentlichen Etat ist die Ausgabe in der Hauptsache aus auf den Krieg zurückzuführenden Ursachen um 8,7 Millionen Mark hinter dem Voranschlag zurückgeblieben. Trotz der augenblicklichen, sehr willkommenen Erleichterung, die uns all diese ungewollten, uns aufgezwungenen Ausgabebeschränkungen gebracht haben, dürfen wir uns aber nicht verhehlen, daß sie größtenteils keine wirkliche Besserung unserer Lage bedeuten, da sie keine reinen Erparnisse, sondern nur Verschiebungen darstellen.

Der zweite Umstand ist das auch bereits erwähnte günstige Ergebnis unserer direkten Steuern, durch das wenigstens der teilweise sehr starke Rückgang der indirekten Abgaben und der Justiz- und Polizeigefälle zu einem erheblichen Teil ausgeglichen wird. So ergibt der vorläufige Rechnungsabluß für 1916, abgesehen von dem zu 4,1 Millionen Mark geschätzten Zuwachs aus dem Einkommensteuereinzugs, eine weitere Nettozunahme der Einnahme an direkten Steuern von 7,8 Millionen Mark, die allerdings, da diese Zahl die Soll-einnahme darstellt, infolge von teils bereits anhängigen, teils noch zu erwartenden Steuerbeschwerden unter Umständen sich wieder vermindern kann. Dieser Einnahmeverbesserung steht die erhebliche Mindereinnahme an indirekten Steuern und Justizgefällen von 9,9 Millionen gegenüber. Auch die Veranlagung für das Jahr 1917 hat eine Erhöhung der Vermögenssteuerkapitalien um 337 Millionen und der Einkommensteuerkapitalien um 110,8 Millionen ergeben, so daß auch im laufenden Jahre eine günstige Gestaltung der Einnahmen aus diesen Steuern erwartet werden darf.

Dieses überraschende Ergebnis hat unsere Vorberechnungen in erfreulicher Weise etwas korrigiert. Es ist, wie ich bereits angedeutet habe, eine Folge des Krieges, insofern, als die Kriegsgewinne, insbesondere der großen mit der Herstellung von Kriegsbedarf beschäftigten Gesellschaften, eine Erhöhung der Steuerkapitalien herbeiführten. Dieser Erscheinung haftet jedoch leider — ich sage dies lediglich in meiner Eigenschaft als Finanzminister — die mißliche Eigenheit der Vergänglichkeit an, da die Kriegsgewinne mit dem Ende des Krieges auch ihr Ende erreichen, und da sie auch der ferneren Besteuerung teilweise dadurch entzogen werden, daß sie zum großen Teil in der Form der Kriegsteuer in der Reichskasse verschwinden. Immerhin ist es für uns von sehr großem Wert, gerade in der schweren Kriegszeit, in der Zeit des Verfallens sämtlicher anderer Abgaben, auch der direkten Steuern der großen Massen, diese Verbesserung unserer Finanzen verzeichnen zu können. In diesem Punkte sind die Bundesstaaten tatsächlich besser bestellt als das Reich, das sich den Ausgleich lediglich durch Einführung besonderer Kriegsteuern verschaffen mußte.

In Folgendem möchte ich Ihnen noch mit einigen wenigen Zahlen die Ergebnisse unserer Wirtschaftsführung seit meiner letzten Berichterstattung kurz darlegen:

Wie Sie sich aus meinen früheren Ausführungen erinnern werden, betrug am 1. Januar 1914 unser Betriebs- und Ausgleichsfonds rund 24 Millionen Mark. Zu Beginn des Krieges am 1. Juli 1914 dürfte er — eine genaue Rechnung können wir uns darüber nicht stellen — etwa 26—27 Millionen betragen haben. Am 1. Januar 1915 belief er sich auf 17 145 000 Mark und am 1. Januar 1916 auf 15 883 000 Mark. Die Rechnung für das Jahr 1917 konnten wir dann erstmals wieder mit einem Überschuß von 3 388 576 Mark abschließen, der dem Betriebsfonds zugeführt werden konnte. Dieser betrug darnach am 1. Januar 1917 19 418 000 Mark. Hiernach ist der Betriebsfonds nach starker Abwärtsbewegung in den beiden ersten Kriegsjahren im Jahre 1916 wieder gestiegen, so daß er am 1. Januar 1917 nur noch etwa $4\frac{1}{2}$ Millionen unter dem Stand vom 1. Januar 1914 und etwa 7 Millionen unter dem durchschnittlichen Stand zu Kriegsbeginn steht und um rund $4\frac{1}{2}$ Millionen den eisernen Bestand von 15 Millionen übersteigt.

Die verfügbaren Bestände der Landeshauptkasse betragen bei Kriegsbeginn am 1. Juli 1914 11 447 825 M. An deren Stelle ist bis zum 1. April 1917 eine Schuld an die Amortisationskasse in Höhe von 96 987 410 M. getreten. Heute beträgt diese Schuld 101 586 468 M. Wenn man dagegen unser Guthaben an das Reich für die vorgeschossenen Familienunterstützungen nach dem Stand vom 1. April d. J. in Höhe von restlich 103 572 172 M. verrechnet, bleibt ein Überschuß zugunsten der Landeshauptkasse von 6 584 762 M. Hieraus ergibt sich eine Verschlechterung des Standes der Landeshauptkasse seit Kriegsbeginn von 4 863 063 M. Dies alles natürlich unter der Voraussetzung, daß wir die hohen Beträge der verauslagten Familienunterstützungen als eine Schuld des Reiches an unsere Staatskasse betrachten dürfen, deren baldigen und restlosen Wiederersatz wir mit Sicherheit erwarten.

Die von der Landeshauptkasse außer den ihr aus den Staatseinnahmen zufließenden Mitteln zur Bestreitung aller Ausgaben bis zum 1. April 1917 benötigten, von der Amortisationskasse zur Verfügung gestellten Summen in Höhe von 96 987 410 M. sind von letzterer aufgebracht worden durch Ausgabe und Lombardierung von Schatzanweisungen: 82 400 000 M., durch Entnahme aus der Eisenbahnschuldentilgungskasse: 3 068 024 M. und schließlich durch Entnahme aus dem eigenen Vermögen der Amortisationskasse: 11 519 386 M.

Die beiden ersten Beträge mit zusammen 85 468 024 Mark — heute belaufen sie sich auf 90 393 019 M. — stellen die eigentliche verzinsliche Staatsschuld dar. Ihr gegenüber steht das bereits genannte Guthaben an das Reich mit 103 572 172 M. Dieses wäre ausreichend, nicht nur die ganze Staatsschuld zu decken, sondern auch der Amortisationskasse noch den ihr entnommenen Betrag zurückzustatten, so daß wir bis 1. April d. J. einen Verlust unserer Hauptstaatsreserve nicht zu beklagen hätten. Vor Monaten noch hat sich diese Rechnung, wie sich die Mitglieder des landständigen Ausschusses aus meinen dort gegebenen Darlegungen erinnern werden, wesentlich ungünstiger gestellt; sie hat sich erst in letzter Zeit aus den Gründen, die ich Ihnen angegeben habe, in dieser günstigen Weise korrigiert. Hoffen wir, daß diese Korrektur nicht auch eine nur vorübergehende Erscheinung ist, womit immerhin gerechnet werden muß.

Durch diese wenigen Zahlen glaube ich Ihnen die Wichtigkeit meiner Behauptung, daß der Stand unserer Finanzen auch heute noch als ein unter den gegebenen Verhältnissen befriedigender, zu keinerlei Besorgnissen Anlaß gebender bezeichnet werden kann, hinreichend dargelegt zu haben. Es wäre ein unschätzbare Gewinn, wenn es uns gelingen würde, diesen Zustand auch durch die ganze Dauer des Krieges zu erhalten, damit wir mit ausreichender finanzieller Rüstung den sehr großen Aufgaben der Wiedereinrichtung des Friedenszustandes entgegengehen können. Bei der wachsenden Beanspruchung der Staatshilfe in allerletzter Zeit und den unmittelbar noch bevorstehenden großen Ausgaben ist es wahrscheinlich, daß das Barometer wieder fallen wird. Wenn dies nicht in allzu starkem Maße erfolgt, kann es sehr wohl auch ertragen werden.

Es ist wohl zu erwarten, daß der Existenzkampf derjenigen Bundesstaaten, die nach dem Krieg finanziell schwach bestellt sind, ein recht schwerer werden wird; denn wir dürfen uns nicht verhehlen, daß die größten wirtschaftlichen Aufgaben uns erst nach Beendigung des Krieges erwarten, um die gesamten Daseinsbedingun-

gen der Bevölkerung tunlichst rasch wieder in einen befriedigenden Stand zu bringen, Aufgaben, die sehr groß: Mittel erfordern werden. Wenn auch das Reich hier in manchen Punkten seine Unterstützung wird leihen müssen und auch wohl leihen wird, so wird doch, daran ist nicht zu zweifeln, die Hauptarbeit den Bundesstaaten verbleiben, und diese wird keine leichte sein. Ich erinnere nur an die Mittelstandshilfe, die staatliche Förderung des Wohnungswesens, vor allem aber an die Neuordnung des Lohn- und Befoldungswesens, die uns sehr am Herzen liegt, u. a. m. Dagegen erwarten uns große Kulturaufgaben, wie z. B. die Schiffbarmachung des Rheins, die Versorgung des Landes mit Elektrizität, Aufgaben, deren Lösung der Krieg dringender gemacht hat. Wir werden diesen Aufgaben nur dann voll gewachsen sein, wenn die Grundlagen unserer Staatsfinanzen fest und unerschüttert geblieben sind, dies um so mehr, als bei dem ungeheuren Geldbedarf des Reichs, der — darüber dürfen wir uns keine Illusionen machen — unsere Einnahmequellen nicht unangetastet lassen wird, die Aufbringung unseres Geldbedarfs nach dem Kriege sehr erschwert und verteuert werden wird. Es wäre töricht, vor diesen Ausblicken jetzt die Augen zu verschließen, wenn wir uns dadurch auch nicht gerade schrecken zu lassen brauchen.

In ähnlicher Weise wie die Finanzen der allgemeinen Staatsverwaltung haben sich auch die Finanzen der Eisenbahnverwaltung gestaltet. Nach den hohen Betriebsüberschüssen der Jahre 1911 bis 1913 mit durchschnittlich 36,6 Millionen hat der Krieg auch hier zunächst einen jähen Sturz herbeigeführt. Das Jahr 1914 ergab, obwohl es nur 5 Kriegsmomente enthielt, einen Betriebsüberschuß von nur 26,1 Millionen, der aber immerhin noch eine Schuldentilgung von 0,57% und mit dem noch zur Verfügung stehenden Staatszuschuß von 1,5 Millionen eine solche von 0,82% ermöglichte. Das Jahr 1915 haben wir mit einer Reineinnahme von 31,5 Millionen abgeschlossen und unsere Eisenbahnschuld mit Hilfe des auch für dieses Jahr noch bewilligten Staatszuschusses von 1,5 Millionen sogar um 1,34 Millionen vermindert bei einer Schuldentilgung von 1,34 bzw. 1,60%. Das dritte Kriegsjahr 1916 zeigt unerwarteterweise wieder eine starke Aufwärtsbewegung mit einem Betriebsüberschuß von 40,6 Millionen Mark, dem höchsten, der jemals erreicht wurde, und einer Schuldminderung von 10 941 408 M. Auch im laufenden Jahr waren die Einnahmen trotz aller Hemmnisse und Einschränkungen des Verkehrs bis jetzt befriedigend.

Aber auch hier muß ich eindringlich warnen, aus diesen Ergebnissen falsche Schlüsse zu ziehen. Vor allem sind auch hier die günstigen Ergebnisse größtenteils lediglich dadurch erzielt worden, daß vorgegebene Ausgaben nicht geleistet werden konnten. Ein Teil der Reineinnahmen ist also nicht als ein tatsächlich günstiges Wirtschaftsergebnis, sondern lediglich als eine zurückgehaltene Ausgabe aufzufassen, als ein, wenn ich so sagen darf, dem Unternehmen schuldig gebliebener Betrag, der später unter allen Umständen, vielleicht sogar — oder besser dürfte ich sagen: sehr wahrscheinlich — infolge der Sinausschiebung verstärkt oder verteuert geleistet werden muß: Ich verweise nur darauf, daß allein für die Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung des technischen Apparats (für betriebliche Anlagen, Betriebsmittel und maschinelle Anlagen, Titel 6 und 7 des Eisenbahnbetriebsetats) im Jahre 1915 5 545 352 M. und im Jahre 1916 2 391 641 M., zusammen also rund 8 Millionen Mark weniger als im

Voranschlag vorgesehen, ausgegeben worden sind; hierin liegt — das müssen wir stets im Auge behalten — eine erhebliche Vorbelastung der künftigen Wirtschaftsperioden. Dazu kommt, daß auch hier eine große Steigerung der Ausgaben durch vermehrten Ersatz des durch den Krieg abgewirtschafteten rollenden Materials, ferner eine starke Verteuerung des Betriebs durch Steigerung der Materialpreise sowie der Personalkosten in sicherer Aussicht steht. Die Kohlenverteuerung allein wird die Verwaltung mit etwa 3 Millionen Mark belasten. (Hört! Hört! links.) Ob es gelingen wird, die zu erwartende starke Erhöhung des Betriebsaufwandes und die voraussichtlichen Wirkungen der neuen Verkehrssteuer durch entsprechende Erhöhung der Einnahmen völlig auszugleichen, das steht dahin. Versucht muß es auf alle Fälle werden, da der von mir aufgestellte Grundsatz, daß die Eisenbahnverwaltung ohne Staatsunterstützung bestehen muß, nach den inzwischen eingetretenen Ereignissen mehr denn je seine Geltung behaupten muß. Welche Wege hier zu gehen sein werden, unterliegt zur Zeit der Prüfung. Die Minderung der Eisenbahnschuld in den beiden letzten Jahren gibt uns dabei einen sehr erwünschten Vorprung.

Soweit der spätere Ausbleich der unvollzogenen Ausgaben und der Ersatz der an rollendem Material und dergleichen durch den Krieg verursachten außerordentlichen Wertvermindierungen in Frage steht, haben wir den Gedanken erwogen, ob es nicht ratsam sein dürfte, aus den Reineinnahmen der Kriegsjahre einen bestimmten Betrag zur Bildung eines Erneuerungsfonds auszuscheiden. Ich behalte mir für die Ausführung dieses Gedankens weiteres vor.

Wenn ich Ihnen auch bei meiner Darlegung den Ausblick in eine nicht leichte Zukunft nicht verdecken durfte — ich würde Ihnen und dem Lande einen schlechten Dienst erwiesen haben, wenn ich das auch nur versucht hätte —, so wollen wir uns doch die Genugtuung und die Freude darüber nicht trüben lassen, daß es uns gelungen ist, während der bisherigen langen Dauer des schweren Krieges bei vollster gewissenhaftester Erfüllung aller staatlichen Pflichten unsere Finanzen in guter Ordnung zu halten und damit die sichere Grundlage zu erhalten, die uns befähigt, auch einer schweren Zukunft mit allem Vertrauen und guter Zubericht entgegenzugehen.

Die Rettung unseres lieben deutschen Vaterlandes vor dem von unseren Feinden gewollten und mit einem ungläublichen Aufgebote von Macht und Saß erstrebten Untergang, die der beispiellosen Tapferkeit unserer Heere und der zähen Ausdauer der Zurückgebliebenen, mit einem Wort: den stahlharten Siegeswillen des gesamten deutschen Volkes gelingen muß — das ist meine festeste Zuversicht —, ist ein so hoher Preis, daß dafür in der Zukunft manche unbequeme Last, mancher Verzicht auf bisher Liebgewordenes und Gewohntes oder Erwünschtes, wenigstens vorübergehend, hingenommen werden darf. Die deutsche Kraft, die uns vor dem Kriege durch viele Schwierigkeiten hindurch zu den höchsten wirtschaftlichen Erfolgen geführt hat, ist nicht gebrochen; das zeigen uns ja die beiden Kriegsfinanzbilder, die ich Ihnen eben vorführen konnte, am allerdeutlichsten, und sie kann nicht gebrochen werden und wird uns auch wieder, vielleicht rascher als wir denken, zu der alten wirtschaftlichen Stärke und Blüte emporführen. Je mehr Sparsamkeit, Fleiß, zähe Ausdauer und Besonnenheit wir dabei aufwenden, um so rascher wird dies geschehen,

und, ich darf es ohne Überhebung aussprechen, daß wir Badener bei diesem Wiederaufsteigen der wirtschaftlichen Geltung Deutschlands in gewohnter Art nicht in der letzten Reihe marschieren werden.

Vor all' dem aber — so sage ich, wie das auch Ihr verehrter Herr Präsident getan hat — müssen wir siegen; und, wenn nur unser Wille festbleibt, werden wir siegen, mit Gottes Hilfe! (Allseitiger Beifall.)

Die Vorlage wird an die Budgetkommission verwiesen.

Der Präsident gibt hierauf folgende weitere Eingänge bekannt.

a. Regierungsvorlagen:

1. Schreiben des Groß. Ministeriums des Innern mit dem Entwurf eines Gesetzes, die Verlängerung der Landtagsperiode betr., nebst Allerhöchstem Kommissorium;

2. Schreiben des Groß. Finanzministers mit dem Gesetzentwurf, die Abänderung des Forststrafgesetzes und des Polizeistrafgesetzbuchs betr., nebst Allerhöchstem Kommissorium;

3. desgl. mit dem provisorischen Gesetz, die Besteuerung der Kriegsanleihe betr., nebst Allerhöchstem Kommissorium;

4. desgl. mit dem Verzeichnis der seit Schluß des letzten Landtags erteilten Administrativkredite,

5. desgl. mit den Nachweisungen über die Verwendung der bewilligten Kriegskredite;

6. desgl. mit dem Gesetzentwurf, das Gesetz über den Staatsvoranschlag und die Verwaltung der Staatseinnahmen und -Ausgaben (Etatgesetz) betr., nebst Allerhöchstem Kommissorium;

7. Schreiben des Groß. Ministeriums des Kultus und Unterrichts mit dem provisorischen Gesetz, die Besteuerung für allgemeine Bedürfnisse der israelitischen Religionsgemeinschaft des Großherzogtums betr., nebst Allerhöchstem Kommissorium;

8. Schreiben des Groß. Finanzministers mit dem Entwurf eines Nachtrags zum Staatsvoranschlag für 1916 und 1917 nebst Allerhöchstem Kommissorium.

Die Vorlagen Ziff. 1 und 2 werden an die Kommission für Justiz und Verwaltung, Ziff. 3—8 an die Budgetkommission verwiesen.

b. Petitionen:

1. des Vereins der badischen Wagenrevidenten um Verbesserung des Einkommens derselben.

Die Petition wird an die Budgetkommission verwiesen.

2. des Joseph Peter Leo Sohn in Sandweier um Rechtshilfe,

3. des Jakob Schelker in Egringen um Rechtshilfe und Entschädigung,

4. der Franz Ambros Böhler Witwe um Rechtshilfe.

c. Eingabe des Oberbadischen Gerbervereins mit Abdrucken einer Eingabe an das Groß. Ministerium des

Innern, die Zusammenlegung kleinerer und mittlerer Betriebe betr.

Der Präsident teilt mit, daß auf Grund einer Vereinbarung im Vertrauensmännerauschuß die Petitionen, soweit sie nicht mit an das Haus gekommenen Regierungsvorlagen im Zusammenhang stehen, bis zur Verhandlung im nächsten Landtag zurückgestellt werden sollen. Ebenso sei der Wunsch ausgesprochen worden, daß auch auf Anträge aus dem Hause und auf Interpellationen in Rücksicht auf eine mögliche Kürzung der Beratungen des Landtags verzichtet werden solle.

Zu Ziffer 2 der Tagesordnung: **Wahl des Präsidenten, der beiden Vizepräsidenten und der Schriftführer** wird auf Antrag des Abg. Dr. Zehnter (Zentr.) auf Grund einer Verständigung unter den Parteien von einer Wahl in geheimer Abstimmung abgesehen und der bisherige Kammer Vorstand: Präsident Rohrhurst (natl.), 1. Vizepräsident Geiß (Soz.), 2. Vizepräsident Benedey (fortsch. Bp.), die Schriftführer Köhlin (natl.), Müller-Weinheim (natl.), Odenwald (fortsch. Bp.) und Stodinger (Soz.) durch Zuruf einstimmig wiedergewählt.

Präsident Rohrhurst:

Die auf mich gefallene Wahl nehme ich an und bin gerne bereit, die Geschäfte des Hauses wieder zu führen. Ich nehme an, daß meine Herren Kollegen im Kammer Vorstand das gleiche tun. Ich danke, zu gleicher Zeit auch in ihrem Namen, für das Vertrauen, das Sie uns durch die Wiederwahl bewiesen haben. Wir werden uns bemühen, die Geschäfte des Hauses gerecht und objektiv zu führen und sie so zu fördern, wie es im Interesse des Hauses gelegen ist (Beifall).

Zu Ziffer 3 der Tagesordnung: **Bildung der ständigen Kommissionen**, teilt der Präsident mit, daß nach einer Vereinbarung unter den Parteien die Budgetkommission und die Kommission für Justiz und Verwaltung, welche zunächst allein in Betracht kommen, sich wie folgt zusammensetzen sollen:

1. Budgetkommission: die Abgg. Banischbach, Dr. Blum, Böttger, Dietrich, Geiß, Göhring, Hartmann, Hummel, Köhler, Kolb, Kopf, Müller-Weinheim, Neuhäus, Rebmann, Seubert, Weißhaupt, Dr. Zehnter;

2. Kommission für Justiz und Verwaltung: die Abgg. Albieß, Dr. Bernauer, Bitter, Dietrich, Marum, Strobel, Dr. Gönner, Dr. Koch, Bechtold, Rehm, Reinhardt, Ködel, Schirmeister, Schöpfle, Siedler, Wiedemann und Wittenmann.

Der Präsident wird hierauf ermächtigt, die nächste Sitzung und ihre Tagesordnung festzulegen, sobald Material für die Verhandlungen durch die Kommissionen vorbereitet ist.

Schluß der Sitzung nach 12 Uhr.

Rednerverzeichnis umstehend.

Rednerverzeichnis:

	Spalte
1. Ansprache:	
Präsident Kahrhurst	5
2. Übergabe von Gesetzentwürfen:	
Minister des Innern Dr. Frhr. von und zu Bodman	11
Minister der Finanzen Dr. Rheinboldt	11
3. Anzeige der Eingänge und Beschlußfassung über die geschäftliche Behandlung von solchen:	
Präsident Kahrhurst	11
4. Wahl	
a. des Präsidenten,	
b. der beiden Vizepräsidenten,	
c. der Schriftführer:	
Abg. Dr. Zehner (Zentr.)	22
Präsident Kahrhurst	22
5. Bildung der ständigen Kommissionen:	
Präsident Kahrhurst	22

Verantwortlich für den Bericht über die Verhandlungen der Zweiten Kammer: Dr. Max Dittler.
 Druck und Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei. Beide in Karlsruhe.